

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XII/5

Bonn, den 7. Januar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Konkurrenz am falschen Ort</u> Berlin und Bonn Bevollmächtigter und Sonderbeauftragter	57
2	<u>Wohin Europa ?</u> Zur Einigung über das Außenministertreffen der Sechse	34
3	<u>Automüll bereitet Sorgen</u> Auf der Suche nach Ablagerungsplätzen	40
4	<u>Besuch mit Schlagseite</u> SBZ-Vertreter in Kolumbien unerwünscht - Eine Nachlese - Von Helmut F. Bärwald	47
5	<u>Der Präsident !</u> Demokratische Wackablösung in der Schweiz Von unseren Korrespondenten in Bern, Otto Schmidt	50

+ + +

Konkurrenz am falschen Ort

Berlin und Bonn

Bevollmächtigter und Sonderbeauftragter

sp - In Berlin hat sich am Donnerstag dieser Woche der neue Bundesbevollmächtigte und Staatssekretär im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, **K r a u t w i g**, der Presse vorgestellt. Was er bei dieser Gelegenheit sagte, klang zwar vernünftig, ließ jedoch die Frage offen, welche Aufgaben denn nun eigentlich der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers in Berlin, der frühere Bundesminister und CDU-Abgeordnete **L e m m e r**, hat. Es war von möglichen "Überschneidungen" die Rede, von "Fingerspitzengefühl", das beide Herren entwickeln müßten, um nicht miteinander zu kollidieren. Ingesamt mußte man den Eindruck gewinnen, daß die zukünftige Tätigkeit des Herrn Lemmer noch von manchem Geheimnis umhüllt ist.

- * Im Interesse der deutschen Hauptstadt Berlin und der guten
- * Zusammenarbeit zwischen Berlin und Bonn ist zu wünschen,
- * daß die Unklarheiten in der Positions- und Aufgabenbegren-
- * zung der Herren Krautwig und Lemmer möglichst bald besei-
- * tigt werden.

Die Berliner und Bonner Behörden erinnern sich mit Wehmut an jene Zeiten, da der erste Bundesbevollmächtigte **V o c k e l** amtierte. Vockel war ein dynamischer Mann, ein Beamter von hohen Qualitäten und ein Politiker, der von seiner ganzen Persönlichkeit her die ihm übertragene Aufgabe mit Autorität meisterte. Wenn Vockel sich für etwas einsetzte, wußte man, daß er seinen Standpunkt mit Energie vertreten und nicht eher Ruhe geben würde, bis er mit seinen Vorschlägen Gehör fand.

Diese Zeit ist längst vorbei. Nach Vockel kam Felix von **E c k h a r d t**, das frühere Sprachrohr Adenauers. Herr von Eckhardt begnügte sich im wesentlichen damit, die ihm eigene Gewandtheit im Umgang scharfer Ecken auch in diesem Amt einzusetzen. Viel ist dabei nie herausgekommen. Die Position des Bundesbevollmächtigten wurde immer blässer und zum Schluß blieb Herrn von Eckhardt kaum noch etwas anderes übrig, als sich um ein Bundestagsmandat bei der CDU zu bewerben, um wenigstens nicht ganz von der politischen Bildfläche zu verschwinden.

Nun amtiert Staatssekretär Krautwig in Berlin. Seine Ernennung war das Ergebnis eines erbarmungslosen Tauziehens zwischen den Koalitionspartnern. Herr Lemmer, dem man anschließend an die Ernennung Krautwigs das Trostpflaster eines Sonderbeauftragten des Bundeskanzlers gab, hatte sich schon vor der endgültigen Bestallung Krautwigs als neuer Bundesbevollmächtigter feiern lassen. Die Koalitionsarithmetik ließ jedoch nicht zu, daß Lemmer seine mehreren Bonner und Berliner Journalisten gegebenen "Geheimtips" zur Wirklichkeit entwickeln konnte.

Nun hat Berlin einen Bundesbevollmächtigten und einen Sonderbeauftragten des Bundeskanzlers. Während Herr Krautwig seiner ganzen Anliege nach wohl im Stillen zu wirken gedenkt, ist Herr Lemmer bestrebt, seiner nicht klar definierten Tätigkeit so viel Publikumswirksamkeit wie möglich zu verleihen. Sicher gehen viele Berliner und Bonner Journalisten in der Annahme nicht fehl, Herr Lemmer wolle sich für die kommenden Wahlen in Berlin eine möglichst spektakuläre Ausgangsposition schaffen. Anlaß zu diesen Vermutungen geben nicht nur entsprechende Andeutungen des Sonderbeauftragten des Bundeskanzlers, sondern auch die parteiinternen Kämpfe der Berliner CDU um deren Spitzenkandidaten für die Wahlen in Berlin.

All das wäre nicht tragisch, wenn nicht zu befürchten wäre, daß durch diese unklaren Verhältnisse eine weitere Abwertung der Position des Bundesbevollmächtigten in Berlin erwartet werden müßte.

+ + +
Wohin Europa ?

Zur Einigung über das Außenministertreffen der Sechs

sp - Bestehen für dieses Jahr bessere Aussichten zur Überwindung der Krise, in die die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) geraten ist? Sie brachte den Europazug zum Stehen, der Lokomotive ging der Dampf aus, und fünf Insassen des Zuges können sich mit dem sechsten nicht einigen, wie und in welcher Richtung es weitergehen soll. Die europäischen Integralisten haben sich daran gewöhnen müssen, ihre einst hoch gespannten Erwartungen ständig zurückzuschrauben. Die Einwilligung Frankreichs zum Treffen der Außenminister der sechs EWG-Staaten am 17. und 18. Januar in Luxemburg mag ein Lichtblick sein, aber es wäre wohl eine Verkennerung aller Realitäten, von diesem Treffen allzu viel zu erwarten. Zu viel Mißtrauen über die Europa-Politik Frankreichs liegt zwischen den Partnern und trennt sie. Der französische Staatspräsident ist kein Freund der europäischen Integration, kein Befürworter der Römischen Verträge. Dabei ist Frankreich in der EWG recht gut gefahren, der bewundernswerte Aufschwung der französischen Wirtschaft in den letzten zehn Jahren wäre ohne die belebenden Auswirkungen der EWG überhaupt nicht denkbar.

Das Treffen der Sechs in Luxemburg steht schon unter schweren Vorbelastungen. Zum erstenmal in der Geschichte der EWG nimmt die Europäische Hohe Kommission nicht daran teil. Diese in ihrer Bedeutung kaum abzuschätzende Konzession mußte gemacht werden, um überhaupt die Zustimmung von Paris zu erreichen. Auch wird schon darüber gestritten, ob es sich bei diesem Treffen um eine Konferenz der Regierungsvertreter handelt, oder um eine Zusammenkunft des EWG-Ministerrats; diese Unterscheidung, mögliche Quelle kniffliger Diskussionen, hat mehr als eine formaljuristische Bedeutung. Sie betrifft die Substanz der künftigen Zusammenarbeit und die Zukunft der EWG. Sollte die Nichtteilnahme der Hohen Kommission zum Regelfall werden, dann wäre aus den Römischen Verträgen ein Kernstück herausgebrochen.

Die fünf EWG-Partner haben in den letzten Jahren große Zurückhaltung bewiesen und von sich aus alles vermieden, Frankreich vor den Kopf zu stoßen. Sie kamen ihm weit entgegen. Vielleicht trägt diese kluge Haltung doch noch Zinsen. De Gaulle bekam bei der letzten Präsidentschaftswahl die Stärke des Europa-Gedankens in Frankreich zu spüren. Ihm hat er wohl als Realist bei dem Luxemburger Treffen der Außenminister in Rechnung zu stellen.

Atom Müll bereitet Sorgen

Auf der Suche nach Ablagerungsplätzen

rt - Das große deutsche Forschungsschiff "Meteor" ist jetzt nach seiner viermonatigen Atlantik-Expedition zurückgekehrt. Das Schiff hatte vor allem vor der südamerikanischen Ostküste mit anderen Forschungsschiffen an Aufgaben teilgenommen, die den Erkenntnissen über das Jahr der ruhigen Sonne dienten. Es war die zweite große Forschungsreise der Meteor, die vorher an der internationalen Expedition im Indischen Ozean teilnahm.

Schon stehen zwei weitere Forschungsreisen auf dem Programm. Mitte Februar wird die "Meteor" in den östlichen Atlantik auslaufen. Sie nimmt an einem Auftrag teil, den die Europäischen Staaten übernommen haben. Es gilt geeignete Ablagerungsplätze im Atlantik für den in steigendem Umfange anfallenden Atom Müll zu finden. Bereits im Spätsommer wird die "Meteor" dabei sein, wenn zum ersten Mal eine Probeversenkung von Atom Müll mit geringer Radioaktivität vorgenommen werden soll.

Die "Meteor" setzt die große Tradition ihres gleichnamigen Vorgängers fort, der während der Weimarer Zeit zwischen 1925 und 1927 die Welt mit großartigen wissenschaftlichen Erkenntnissen überraschte. Inzwischen geht die Periode der reinen Bestandsaufnahme über die Charakteristik der Meeresböden ihrem Ende entgegen. Die Forschungsschiffe der großen Seenationen wenden sich immer stärker den Feststellungen über Lebensgewohnheiten und Reichtum von Fischen zu. Das Eiweiß aus dem Meer erhält steigende Bedeutung, um die hungernden Völker zu ernähren.

Wohl kaum ein anderes Projekt ist so geeignet, der deutschen Wissenschaft weltweites Ansehen zu geben, wie die Erforschung der Meere. Deutschlands maritime Aufgabe liegt nicht in der schimmernden Wehr auf dem Wasser, sondern darin, sich mit möglichst vielen Forschungsschiffen daran zu beteiligen, die Eiweißblöcke decken zu helfen.

Man weiß, daß viel kleinere Seenationen in ihrer Meeresforschung wesentlich besser ausgestattet sind und über eine große Zahl von Forschungsschiffen verfügen. Es wäre an der Bundesrepublik, jetzt den Bau eines weiteren Forschungsschiffes vorzubereiten. Das Institut für Meereskunde an der Kieler Christian-Albrechts-Universität entwickelt sich immer mehr zu der führenden Einrichtung Deutschlands. Schon ist der Gedanke entstanden, dieses Institut zu einer selbständigen Einrichtung zu machen und aus dem Bundeshaushalt und über die Max-Planck-Einrichtungen besonders zu fördern. Auch diesem Gedanken sollte man in Bonn schnell nãhertreten.

Besuch mit Schlagseite

SBZ-Vertreter in Kolumbien unerwünscht

- Eine Nachlese -

Von Helmut F. Bärwald

Ende November 1965 hielt sich auf Einladung des dortigen Abgeordnetenhauses der südamerikanischen Republik Kolumbien eine Delegation der sowjetzonalen "Volkskammer" auf. (Der SPD-Pressedienst berichtete am 3. Dezember 1965 darüber.) Kurz vor Weihnachten tagte die "Volkskammer" an - wie das "Neue Deutschland" schrieb - "Ende eines Jahres, in dem die internationale Autorität der EDR zu neuen Höhen geführt" wurde.

Auf dieser Volkskammersitzung, die sich vor allem mit Fragen der internationalen Politik beschäftigte, wurde u.a. eingehend über den Besuch der SBZ-Delegation in Kolumbien berichtet. Wenn auch mit einer wegwerfenden Handbewegung, so mußte der Berichterstatter - der Leiter der Delegation, Volkskammerpräsident Dieckmann - doch zugeben, daß von vieler Seiten in Kolumbien gegen den Besuch der SBZ-Vertreter protestiert worden war.

Geht man diesen vagen Hinweisen nach - was den Bewohnern in Mitteldeutschland nicht möglich ist - dann wird dieses Bild sichtbar: Es blieb nicht bei vereinzelt kolumbianischen Protesten. Je länger die sowjetzonalen Besucher im Lande waren, desto intensiver wurden die Protestaktionen und desto härter wurden die Argumente. Aus der Fülle aller, teilweise recht drastischer Protesterkklärungen, sind zwei maßgebende Beiträge besonders herauszuheben.

Mehrere demokratische Studentenverbände richteten an die sowjetzonalen Besucher eine Botschaft, die - gerade weil sie von nichtdeutscher Seite stammt - dokumentarischen Wert hat. Es heißt darin:

- * "Wir begrüßen Sie alle und hoffen, daß Sie sich daran erfreuen, die
- * Luft der Freiheit in unserem Lande zu atmen. Wir hoffen, daß die glei-
- * che Erleichterung, die Sie durch das Verlassen Ostdeutschlands hatten,
- * auch den übrigen Ihrer Mitbürger gewährt werden wird. Zu diesem Zweck
- * müßte als erstes die Gefängnismauer von Berlin beseitigt werden. Wir
- * sind bereit, uns mit Begeisterung an dieser Arbeit zu beteiligen und
- * werden die Kosten für Schaufeln, Spitzhacken und andere Werkzeuge über-
- * nehmen, die notwendig sind, um die Arbeit so schnell wie möglich zu
- * beenden."

Mit anderen Worten, aber in der gleichen Härte, gab die große Arbeitergewerkschaft Kolumbiens - OIC - ihren Unwillen über den Besuch der sowjetzonalen Delegation Ausdruck:

- * "Für kolumbianische Arbeiter ist die Anwesenheit von Vertretern der
- * sowjetisch besetzten Zone Deutschlands ein Affront. Dort herrscht ein
- * diktatorisches Regime, das den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 in
- * Blut erstickte, und das die Schandmauer errichtete, wo zahlreiche Ar-
- * beiter ihr Leben bei dem Versuch verloren, die Mauer zu überwinden,
- * um in die Freiheit zu kommen."

Die Zuflucht zur zynischen Überheblichkeit, wie sie in dem Bericht über die Kolumbienreise vor der "Volkskammer" sichtbar wurde, zeigt, daß die Reisenden offensichtlich mit einigen schmerzhaften Narben zurückgekehrt sind. Unsererseits bedürfen die zahlreichen Protesterkklärungen und kritischen Stellungnahmen in Kolumbien keines Kommentars, wohl aber des Dankes und der Anerkennung.

Der Präsident !

Von unserem Korrespondenten in Bern, Otto Schmitt

Als vor einem Jahr der sozialdemokratische Bundesrat Hanspeter Tschudi schweizerischer Bundespräsident wurde und fast gleichzeitig Giuseppe Saragat in Italien zum Staatspräsidenten gewählt worden war, sah sich die Londoner "Times" veranlaßt, ihren Lesern in einer Leitartikel zu erklären; es sei keineswegs ein sozialistischer Umschwung in Europa im Gange, sondern die Wahl Tschudis sei ganz "normal". Und wie es in der Schweiz üblich ist, hat Bundesrat Tschudi zu Neujahr 1966 seinem Nachfolger, zur Beruhigung der "Times" diesmal der freisinnige Hans Schaffner, Platz gemacht.

Der Bundesrat, die schweizerische Regierung, hat jedes Jahr einen neuen Präsidenten, der turnusgemäß von der Bundesversammlung, Nationalrat und Ständerat zusammen, gewählt wird. Er übt während eines Jahres das Amt eines Regierungs- und Staatsschefs nebeneinander aus, eine starke zusätzliche Belastung, muß er doch alle repräsentativen Verpflichtungen übernehmen.

Der schweizerische Bundesrat ist überhaupt nicht mit einer Regierung in einem anderen Land zu vergleichen. Es ist nicht der jeweilige Bundespräsident, der den Bundesrat ernennt, sondern diese werden einzeln vom Parlament für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Innerhalb des Bundesrates werden die sieben Departemente verteilt; denn seit Gründung des jetzigen schweizerischen Staatswesens im Jahre 1848 ist die Zahl der Bundesräte mit sieben trotz steigender Arbeit gleich geblieben. Gegenwärtig sind die vier stärksten Parteien im Bundesrat vertreten, nach der sogenannten "Zauberformel" (zwei Sozialdemokraten, zwei Freisinnige, zwei Katholisch-Konservative und ein Bauernvertreter). Jedesmal wenn bei einem Rücktritt eine Neuwahl vorzunehmen ist, gibt es gewisse Schwierigkeiten, denn nicht nur muß die "Zauberformel" gewahrt bleiben, sondern nach geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen darf ein Kanton jeweils nur einen Vertreter in der Regierung haben und die drei bevölkerungsreichsten Kantone Zürich, Bern und Waadt (Hauptstadt Lausanne) müssen immer vertreten sein, ebenso sollte von Zeit zu Zeit der italienisch sprechende Tessin zum Zuge kommen. So ist es verständlich, daß es jedesmal großes taktisches Geschick der Parteien braucht, damit das Puzzlespiel wieder stimmt.

Nicht nur das Staatsoberhaupt, der Bundespräsident, wechselt jedes Jahr, auch die Präsidenten der beiden Parlamente, des Nationalrates und des Ständerates. Auch hier wird darauf geachtet, daß alle größeren Parteien regelmässig zum Zuge kommen. Dieser Präsidentenwechsel geschieht aber nicht nur an der Staatsspitze, sondern auch in den einzelnen Kantonen wechseln jedes Jahr die Regierungspräsidenten und die Vorsitzenden der Parlamente; ebenso in den städtischen Parlamenten. In der Stadt Bern hatten die Stimmbürger vor kurzen sogar darüber abzustimmen, ob auch der Stadtpräsident einem solchen Turnus zu unterwerfen sei, doch wurde in der Abstimmung der Vorschlag mit großer Mehrheit abgelehnt. - Man betrachtet in der Schweiz das Bundespräsidentenamt, wie diejenigen der Parlamentspräsidenten, als Ehrenämter. Keiner soll zuviel Macht bekommen, aber alle sollen die repräsentativen Verpflichtungen und Ehren für ein Jahr übernehmen. Das entspricht auch dem föderalistischen Aufbau der Schweiz, daß man Parteien, Regionen, Sprachen gleichmäßig berücksichtigt.